44. Abgeordneter **Winfried Nachtwei** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was verbirgt sich im Bereich des Rüstungsexports hinter dem System der formellen und informellen Voranfragen, die – wie jüngste Berichte zeigen – die Bundesregierung rechtlich erheblich binden können, und welche Voranfragen wurden im Berichtsjahr 2000 von der Bundesregierung positiv beschieden (bitte Auflistung nach Anzahl der Genehmigungen und Gesamtwert je Land) bzw. abgelehnt?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Axel Gerlach vom 14. Dezember 2001

Zahlreiche Unternehmen stellen zu einem frühen Zeitpunkt Voranfragen zur Genehmigungsfähigkeit eines Ausfuhrvorhabens. Meist wird die Voranfrage bereits vor Aufnahme von Verhandlungen bzw. vor Abschluss des Vertrages mit einem potenziellen ausländischen Abnehmer gestellt.

Dies geschieht etwa während der Teilnahme an Ausschreibungen bei ausländischen Beschaffungsvorhaben oder vor entsprechenden Marketingaktivitäten. Das an dem Geschäft interessierte Unternehmen will dadurch finanzielle Aufwendungen für nicht genehmigungsfähige Ausfuhrvorhaben vermeiden.

Die positive Bescheidung einer – formellen – Voranfrage schafft ein schutzwürdiges Vertrauen des Unternehmens, dass das geplante Ausfuhrvorhaben später – falls es zum Geschäftsabschluss kommt – genehmigt wird. Andererseits kann eine Antwort auf eine Voranfrage auch nicht völlig unkonditioniert erteilt werden. Bei der positiven Bescheidung einer Voranfrage wird daher zum Beispiel die Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung bei Kriegswaffen stets nur unter dem Vorbehalt in Aussicht gestellt, dass sich die Umstände bis zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses nicht wesentlich ändern.

„Informelle Voranfragen“, also rein informatorische Erkundigungen von Unternehmen bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, schaffen kein schutzwürdiges Vertrauen. Sie begründen damit auch keinen Anspruch auf eine spätere Genehmigungserteilung.

Aus den bereits zur Frage 43 genannten rechtlichen und sachlichen Gründen kann die gewünschte Auflistung zu den Entscheidungen über Voranfragen des Berichtszeitraums nicht erfolgen.

45. Abgeordneter **Winfried Nachtwei** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welches waren im Jahr 2000 die zwanzig wertmäßig größten Empfängerländer kommerzieller Ausfuhren von Kriegswaffen (bitte Aufschlüsselung jeweils nach dem Wert)?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Axel Gerlach vom 14. Dezember 2001

Die zwanzig wertmäßig größten Empfängerländer kommerzieller Ausfuhren von Kriegswaffen waren im Jahr 2000:

Niederlande	378 Mio. DM
Israel	347 Mio. DM
Südkorea	84 Mio. DM
Schweiz	66 Mio. DM
Spanien	51 Mio. DM
Italien	48 Mio. DM
Kanada	46 Mio. DM
Norwegen	40 Mio. DM
Türkei	36 Mio. DM
Großbritannien	33 Mio. DM
Frankreich	30 Mio. DM
Griechenland	28 Mio. DM
USA	18 Mio. DM
Singapur	13 Mio. DM
Schweden	10 Mio. DM
Brasilien	7,3 Mio. DM
Dänemark	4,2 Mio. DM
Österreich	1,8 Mio. DM
Portugal	1,5 Mio. DM
Luxemburg	1,1 Mio. DM.

In der Gesamtsumme der kommerziellen Ausfuhren sind auch die „Veredelungsausfuhren“ (z. B. Wiederausfuhren von Kriegswaffen nach erfolgter Reparatur in Deutschland) in Höhe von 339 Mio. DM enthalten. Solche Wiederausfuhren werden gemäß dem Bruttoprinzip des Statistischen Bundesamtes zum vollen Neupreis in den Gesamtexportwert eines Jahres einbezogen. Die in Deutschland real vorgenommene Wertsteigerung liegt jedoch in solchen Fällen erheblich unter dem Exportwert.

46. Abgeordneter **Heinrich-Wilhelm Ronsöhr** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass die derzeitige wirtschaftliche Situation der deutschen Sägeindustrie außerordentlich angespannt ist, und kann deshalb eine Förderung von Großsägewerken zu einem Verdrängungsprozess mittelständischer Sägewerke führen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Siegmar Mosdorf vom 20. Dezember 2001

Die Bundesregierung beobachtet die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Sägeindustrie kontinuierlich. Die derzeit schwierige Lage ist durch den sich in der Branche vollziehenden Strukturwandel infolge des deutlich verschärften Wettbewerbs geprägt. Dies geht vor allem auf die kräftig ausgeweiteten Kapazitäten in Europa zurück. Daneben spielt auch die ungünstige Entwicklung der Baukonjunktur und damit die schwache Nachfrage eine erhebliche Rolle. Die Bundesregierung ist aber nicht der Auffassung, dass die ablaufenden Anpassungspro-